

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: S. Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

### Armeut-Weihnacht.

Maria war armer Leute Kind, So arm, wie die Armen noch heute sind. Als dann ihre Stunde der Schmerzen kam Und ihr ein Kind aus dem Herzen nahm, Lag sie im Stall, dem Vieh zugesellt, Und gab der Welt den Heiland der Welt. Maria hatte kein Bett, keine Windeln, Weil die Reichen die Armen ums Letzte beschwindeln.

So ist der Heiland ein Kind der Not, Er hungerte auch nach Milch und Brot, Er sehnte sich auch nach Licht und Freud, Grad wie noch heut die armen Leut. Und er begriff durch Not und Qual, Wie der Reiche die armen Leute besah. Da schwang er die Geißel zürnender Rede, Ansagend dem Reichthum ewige Fehde.

Was Jesus die armen Leute gelehrt, Ward von den Reichen verdreht und verkehrt. Drum ist das Christkind jetzt mehr im Palast Wie in der Hütte beschenkender Gast. Es wird erst anders für Jud und Christ, Wenn jeder sein eigener Erlöser ist, Wenn jeder erkennt: Vom Schlechten und Bösen Kann mich nur mein eigener Wille erlösen!

Viktor Kalinowski.

### Preußen hat zwei Regierungen.

Die Regierung Braun ist grund- und rechtlos mit Gewalt beseitigt worden. Der Artikel 48 der Reichsverfassung ist nicht zu dem Zwecke geschaffen worden, um die Länderregierungen zu zertrümmern, sondern zu ganz anderen Zwecken.

Wenn schon die Preußenregierung mit Gewalt und die Berliner Polizeipräsidenten durch handgranatengerüstete Reichswehr beseitigt worden sind, weshalb nicht auch die anderen Länderregierungen und hauptstädtischen Polizeipräsidenten? Weshalb erhalten Bayern, Württemberg, Baden, Braunschweig, Thüringen usw. nicht auch zwei Regierungen?

Der Reichstag hat die Reichsreform zu beraten und zu beschließen, er hat die Befugnis, die Verfassung zu ändern, nicht eine beliebige Regierung mit Hilfe der Reichswehr. Der Reichstag muß diesen ungeseligen Zustand beseitigen. Reichstag, Reichsrat und Preussischer Landtag müssen das Recht wiederherstellen. Sie müssen auch dem Staatsgerichtshof seine Autorität wiedergeben. Ein Volk, d. h. ein Parlament, das sich solches gefallen läßt, was gegen Preußen geschieht, ist wert, daß es nicht besser behandelt wird als geschehen. Ein Parlament, das sich nicht mehr gegen Unrecht auflehnt, verläßt seine Aufgabe. Glaubt jemand, in England oder Frankreich ließe sich das Parlament bieten, was gegen die Preußenregierung geschieht? Unmöglich.

Reichsreform durch legale Mittel, ja; Reichsreform durch Gewalt, nein.

Wer ist es, der die Reichsreform auf gesellichem Wege nicht abwarten kann?

Fort mit dem Papenstreich! Fort mit dem Faustrecht!

## Papen zum Teil ausgefegt.

Der Reichstag hat bekanntlich auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei eine ganze Reihe von Beschlüssen gefaßt, die eine Aufhebung des von der Papenregierung notverordneten sozialen Unrechts zur Folge hatten. Im Haushaltsausschuß des Reichstages fanden die notwendigen Detailauseinandersetzungen mit den Regierungsvertretern statt. Nunmehr hat das Reichskabinett in seiner Sitzung vom 14. Dezember 1932 die Aufhebung der Verordnung über Lohnkürzungen und Mehreinstellungen vom 5. September beschlossen. Als Termin für den Wegfall der Lohnkürzungen ist der 31. Dezember 1932 vorgegeben. Um jedoch Arbeitgeber, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben, und ihre Arbeitnehmer-schaft vor wirtschaftlichem Schaden zu bewahren, kann der Schlichter unter gewissen Voraussetzungen die Berechtigung zur Tariflohnunterschreitung noch bis zum 31. Januar 1933 verlängern. Entsprechende Anträge müssen spätestens am 31. Dezember 1932 beim Schlichter eingegangen sein. Der zweite Teil der Verordnung, der den Schlichter ermächtigt, für gefährdete Betriebe auf tariflichem Gebiet Erleichterungen zu gewähren, fällt Ende Januar 1933 weg. Mit der Verordnung verlieren auch die zu ihr ergangenen Ausführungsbestimmungen ohne weiteres ihre Wirkung.

Aber die von der Sozialdemokratischen Partei geforderte und vom Reichstag beschlossene Winterhilfe, die sich erstrecken soll auf finanzielle Hilfe und Lieferung von Kohlen usw. konnte im Haushaltsausschuß mit der Regierung keine Einigung erzielt werden. Sie hat jedoch die Verbilligung von Kohle und Fleisch angekündigt, die aber von den Arbeitslosen nicht gekauft werden können.

Zu den Beschlüssen des Reichstages und des Haushaltsausschusses auf Grund sozialdemokratischer Anträge über die Arbeitsbeschaffung stehen nach dem Ergebnis der Beratungen

des Reichskabinetts etwa 1 1/2 Milliarden Mark zur Verfügung. Diese setzen sich zusammen aus 640 Millionen Mark, die aus den Steuergutscheinen, und 350 Millionen Mark, die aus dem alten Arbeitsbeschaffungsprogramm noch zur Verfügung stehen. Zu dieser Summe von 990 Millionen Mark sollen noch etwa eine halbe Milliarde neuer Mittel, voraussichtlich über die Reichsbank, beschafft werden.

Nachdem die Besprechungen so weit gediehen sind, ist zu hoffen, daß die Ausführung nicht lange auf sich warten läßt. Arbeiten der öffentlichen Hand sind in reichem Maße vorhanden! auf dem Gebiete der Siedlung warten Menschen und Materialien ihrer Ausbarmachung. Kommt erst das Hoch- und Tiefbaugewerbe durch die gemeinnützigen Unternehmungen in Gang und damit der steigende Konsum aller Güter, dann werden alle Volksschichten ohne Ausnahme in den Arbeitsprozeß mit einbezogen. Es muß nur aufgepaßt werden, daß nicht das privatrechtliche Gewinn- und Spekulantentum die ganze Sache wieder kaputt schlägt. Der Erfolg wird und kann dann nicht ausbleiben. Werden die Allgemeininteressen in den Vordergrund gestellt, dann werden wir nicht das jämmerliche Fiasko erleben wie bei dem wunderbaren Ankerbekämpfungsmannöver des Herrn Papen. Wenn in Deutschland der Gedanke die Oberhand gewönne, stets nur in erster Linie den Kapitalisten und großen Grundbesitzern zu „helfen“, dann wäre Deutschland verloren. Die genannten Schichten scheinen gar nicht zu wissen, daß eine seit Jahren verarmte Menschenmasse mehr und mehr moralisch verkommen muß. Den Beweis hierfür haben wir in den Mörderkolonnen der Nationalsozialistischen Partei. Und wenn solche Menschen nach Millionen zählen, dann werden sie eines Tages Staat und Wirtschaft in Trümmer schlagen. Dann wird die kapitalistische Wirtschaft gewiß nicht in Schönheit sterben. Also:

Soziale Interessen vor privatrechtliche Interessen!

## Sozialistische Planwirtschaft schützt vor Krisen.

Man weiß noch nicht, wie das kapitalistische Wirtschaftssystem diese schwerste aller Krisen überleben wird. Sicher aber ist es, daß es diesem Zusammenbruch auf allen Gebieten nur stark beschädigt zu entkommen vermag.

Krisenzeiten sind der günstigste Boden, Projekte aller Art entstehen zu lassen. So wurden auch für einzelne Teile des kapitalistischen Wirtschaftssystems zahlreiche Verbesserungs-vorschläge gemacht. Die Zahl der Projekte bezüglich der Währungsreform allein wird auf 20 000 geschätzt. Auch sonst sind viele Leute an der Arbeit, gutgemeinte Pläne für eine bessere Wirtschaftsordnung, selbstverständlich für eine privatrechtliche, auszuarbeiten. Neben dieser Projektspielerei hat aber die sozialistische Wissenschaft ernstgemeinte und durchaus realisierbare Pläne zum Ausbau der Versorgung der Menschheit mit Wirtschaftsgütern ent-

worfen. Sie war dazu berufen, weil sie nicht im blinden Nebel fruchtloser Agitation arbeitet, sondern sich auf eine sechzigjährige intensive Forschungsarbeit stützen kann, der auch praktische Erfahrungen auf allen Gebieten zur Seite stehen. Die Forderung nach sozialistischer Planwirtschaft muß doch nicht von der Hand zu weisen sein, sonst würden sich nicht die besten Köpfe der kapitalistischen Wirtschaft mit ihr auseinandersetzen.

Der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und Mitglied des Verwaltungsrats der Internationalen Handelskammer, Dr. Georg Solmsen, hat kürzlich im Institut für Wirtschaftswissenschaft in Frankfurt am Main einen Vortrag über das Thema Kapitalismus oder Planwirtschaft gehalten. Es lohnt sich, einiges aus der Verteidigungsrede dieses Vertreters des Kapitalismus

fezzubehalten. Solmsen sieht in der Verfälschung der wirtschaftlichen Folgerichtigkeit des Kapitalismus durch die Politik den Ausgang allen Übels. Nach seiner Meinung hat der Kapitalismus die Aufgabe gelöst, immer größere Kreise der Menschheit an der Entwicklung der Technik teilnehmen zu lassen. „Erst die Zusammenfassung kleiner Einzelbeträge zu großen Kapitalsummen schuf die Voraussetzungen dafür, Aufgaben größten Stils, wie Erschließung der wirtschaftlichen Möglichkeiten von Ländern und Erdteilen, in Angriff zu nehmen.“ Nach Solmsen hat das Kriegsschuldenproblem zur Verwirrung des „weltwirtschaftlichen kapitalistischen Systems“ geführt. Der Schuldbetrag in Höhe von 210 Milliarden Goldmark belastet die Weltwirtschaft und ruht wie eine erste Hypothek auf jedem Produkt, das die mit diesen Schulden behafteten Staaten erzeugen. Das ist durchaus richtig; es muß aber dabei beachtet werden, daß die Personen, die für den Krieg und seine Folgen verantwortlich sind, Vertreter der kapitalistisch-imperialistischen Wirtschaftspolitik waren. Wer die Expansionsstendenzen der großkapitalistischen Staaten gefördert hat, muß auch die Verantwortung für die Folgen einer solchen Politik übernehmen. Ein Ablenkungsversuch allerbesten Art ist es, die Massenarbeitslosigkeit in der Welt auf die Verfälschung des kapitalistischen Systems durch die Politik zurückzuführen. Richtig ist es, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Länder mit allen Mitteln zu erstreben, wofür die Technik so außerordentliche Voraussetzungen geschaffen hat. Wenn aber Solmsen ausführt, daß hierzu planwirtschaftliche Systeme nicht geeignet seien, so muß darauf hingewiesen werden, daß die egoistische, kapitalistische Nationalwirtschaft mit all ihren Folgen nur zur Zerreißung der Weltwirtschaft geführt hat.

Die Vorschläge der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei fordern vor allem Planwirtschaft auf dem Gebiete der Kreditwirtschaft. Mit Recht werden die Auswüchse der verflochtenen Hochkonjunkturperiode und die Verschärfung der nachfolgenden Krise auf die planlose Lenkung des Kapitalstroms zurückgeführt. Einen Gedankenfehler der Planwirtschaftler sieht Solmsen darin, daß sie die Erfahrungen von Monopolbetrieben auf Wirtschaftszweige anwenden wollen, die monopolistisch gar nicht betrieben werden könnten, wenn man nicht aus Deutschland eine Kaserne oder ein Zuchthaus machen wolle. Die sozialistische Planwirtschaft zielt keineswegs darauf ab, etwa das Friseur-gewerbe, die kleinen Schuhmachereien oder ähnliche Wirtschaftszweige zu verstaatlichen oder zu sozialisieren. Daß aber die Verstaatlichung der Großbetriebe, der Banken, des Bergbaues, der Eisenindustrie usw. ein wesentlicher Schritt zur Beseitigung der Planlosigkeit ist, wird niemand bestreiten können. Ein stichhaltiges Argument gegen die Planwirtschaft sieht Solmsen in der Eigenverantwortlichkeit der Betriebsführung. Er gibt aber im selben Augenblick folgendes zu: „Der Kapitalismus der Gegenwart ist in solchem Umfang über die privatwirtschaftlichen Interessenskreise hinausgewachsen, daß die Allgemeinheit ein Recht hat, zu fordern, die Führung der privatwirtschaftlichen Gebilde in Einklang mit den Bedürfnissen des Allgemeinwohls zu bringen.“ Das ist eigentlich die beste Beweisführung für die Notwendigkeit einer schleunigen Änderung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems!

Es berührt eigenfänglich, von einem Manne wie Solmsen zu hören, daß der Wettlauf mit dem politischen Lohn die Unternehmer gezwungen habe, die Rationalisierung

### Erfolgreiche Werbearbeit.

Unermüdet und unverdrossen sind unsere Funktionäre und Funktionärinnen in der Agitation tätig. Sie stellen die Geister um, lehren sie logisch denken und handeln und beeinflussen damit das Sein der Arbeiterschaft und das Werden der neuen Wirtschaftsform und des werdenden neuen Staates.

Über Agitationserfolge berichten folgende Zahlstellen:

<b>Gau 4.</b>	<b>Gau 8.</b>
Köslin (Oktober) . . . . . 25	Immenau (seit 1. Oktober) 90
Neustettin (Oktober) . . . . . 14	Schleusingen (November) 22
Stolz (November) . . . . . 18	<b>Gau 9.</b>
Straßand (November) . . . . . 15	Afchaffenburg (Oktober
Hohenkrug . . . . . 15	und November) . . . . . 231
Waren . . . . . 9	Selb (seit Oktober) . . . . . 34
Fäßz . . . . . 5	<b>Gau 14.</b>
Friedland . . . . . 5	Vonn (November) . . . . . 26
Lehbn . . . . . 4	Dären . . . . . 56
Köslin . . . . . 3	Goch . . . . . 29
Koslow . . . . . 3	Köln . . . . . 135
Dömitz . . . . . 2	Krefeld . . . . . 27
<b>Gau 6.</b>	Neuwied . . . . . 10
(Von Oktober bis 5. Dezbr.)	Andernach . . . . . 19
Hirschberg . . . . . 142	Stolberg . . . . . 13

Agitation heißt Werden. Passivität heißt Vergehen. Vorwärts für Freiheit und Brot! Kampf dem barbarischen, menschenvernichtenden Kapitalismus!





Deutschland der Fabrikarbeiterverband auch in Holland die Organisation der Fabrikarbeiter die wirksame Interessenvertretung der Rüstfidearbeiterinnen und -arbeiter ist.

Die deutsche Kali- und Kochsalzgewinnung im Jahre 1931.

Eine interessante Zusammenstellung über die Produktions- und Absatzverhältnisse in der deutschen Kali- und Kochsalzindustrie wurde von dem Statistischen Reichsam veröffentlicht. Für uns ist der äußerst starke Rückgang der Produktion besonders wichtig, der in der ohnehin durch Nationalisierung und durch Betriebsstilllegung dezimierten Kaliindustrie vielen Kollegen Brot und Arbeit genommen hat.

Kali- und Steinsalzbergbau.

Im deutschen Kali- und Steinsalzbergbau arbeiteten im Berichtsjahr nur noch 54 Werke, gegenüber 62 im Jahre 1930. Die Zahl der beschäftigten (berufsgenossenschaftlich versicherten) Personen verminderte sich gleichmäßig um fast ein Drittel, und zwar von 22 196 auf 15 920, während Lohn- und Gehaltssumme dieser Personen von 58,4 Millionen Mark auf 38,6 Millionen Mark zurückging.

Die Kaliabfuhr betrug im Jahre 1931 8,05 Millionen Tonnen gegenüber 11,96 Millionen Tonnen im Vorjahre, blieb also um ein Drittel hinter 1930 zurück. Der Reinkaliumgehalt der Abfuhr betrug sich auf 1,08 Millionen Tonnen im Berichtsjahr vermindert. Die Produktionsabnahme ist auf die Verminderung des Inlandsverbrauchs und der Ausfuhr zurückzuführen.

Der Rückgang der Förderung betraf die karnallitischen Rohsalze verhältnismäßig stärker als die höherprozentigen Salze. Der Anteil der Karnallite an der Gesamtförderung verringerte sich von 16 auf 13 v. H. der effektiven Menge und von 11 auf 9 v. H. des Kaliumgehaltes.

Die Förderung der Rohsalze wurden im Jahre 1931 in den Chloralkaliefabriken usw. weiterverarbeitet, während der Rest, also rund 1,5 Millionen Tonnen, für den unmittelbaren Absatz bestimmt war.

Table with 3 columns: Effective Menge 1000 Tonnen, K2O-Gehalt 1000 Tonnen, and rows for years 1929, 1930, 1931.

Der Rückgang der Produktion an abfähigen Kalifalzen verteilte sich auf sämtliche Kalibezirke. In den Revieren Magdeburg, Halle und Süddeutschland verminderte sich die Erzeugung (nach dem Kaliumgehalt) um je rund 40 v. H., in den Bezirken Hannover, Nordhannover und Eisenach dagegen um rund 30 v. H.

An abfähigen Kalifalzen wurden erzeugt:

Table with 3 columns: Year, Effective Mengen in 1000 Tonnen, and rows for Hannover, Nordhannover, Eisenach, Magdeburg, Halle, Süddeutschland.

Die Produktionsrückgang gegenüber 1930 betrug sowohl bei den aus den Chloralkaliefabriken usw. kommenden höherprozentigen Salzen als auch bei den ohne Verarbeitung veräußerten kaliumreichen Salzen in gleicher Weise rund ein Drittel.

Table with 3 columns: Effective Menge v. H., Reinkaliumgehalt v. H., and rows for Karnallit und Rohsalze, Düngesalze (18 bis 22 v. H.), Düngesalze (28 bis 43 v. H.), Chloralkalium, Schwefelsaures Kalium, Schwefelsaures Kaliummagnesia.

Die Gewinnung der abfähigen Rohsalze (12 bis 15 v. H. K2O) erfolgt vorwiegend (zu 58 v. H.) in den nördlichen Revieren Magdeburg und Hannover, während das hochprozentige Chloralkalium zu 41 v. H. im Bezirk Nordhannover und zu 41 v. H. im hannoverschen Gebiet hergestellt wird.

In den einzelnen Bezirken ist dementsprechend die Zusammenfassung der Kalifalzproduktion sehr verschieden. Im Magdeburger Revier entfielen auf die in den Chloralkaliefabriken usw. hergestellten Salze nur 2 v. H. des Kaliumgehaltes sämtlicher abfähiger Salze, während im Eisenacher Bezirk diese Salze 96 v. H. der gesamten Erzeugung ausmachen.

Die Steinsalzförderung des Jahres 1931 betrug 2 00 Millionen Tonnen im Werte von 16,5 Millionen Mark gegenüber 2,46 Millionen Tonnen im Werte von 18,5 Millionen Mark im Vorjahre.

Das Hauptgebiet des Steinsalzbergbaues ist der Magdeburger Bezirk, der im Jahre 1931 zu 42 v. H. an der gesamten Förderung beteiligt war.

Salinen. Während der Steinsalzabfuhr einen Rückgang aufzuweisen hatte, nahm der gesamte Salzabfuhr der Salinen gegen 1930 etwas zu. Er betrug im Berichtsjahre 502 000 Tonnen im Werte von fast 20 Millionen Mark gegenüber 496 000 Tonnen (rund 20 Millionen Mark) im Jahre 1930.

Fast 433 000 Tonnen (18,2 Millionen Mark), das sind über 86 v. H. der gesamten Abfuhrmenge, entfielen auf Speisesalz. An zweiter Stelle steht das Gewerbesalz, von dem rund 52 000 Tonnen im Werte von 1,2 Millionen Mark verkauft worden sind.

In den verschiedenen Bezirken hat sich der Absatz nicht einheitlich entwickelt. Während sämtliche norddeutschen Bezirke eine Zunahme aufzuweisen hatten, ist in Süddeutschland ein Rückgang erfolgt, der hauptsächlich auf Speisesalz entfällt.

Zur Herstellung des Salzes wurden im Jahre 1931 fast 1,9 Millionen Kubikmeter Sole mit einem Salzgehalt von 465 000 Tonnen verbraucht, von denen 1,4 Millionen Kubikmeter mit 316 000 Tonnen Salzgehalt auf natürliche Sole entfielen.

Solquellen.

Die Solquellen, die nicht mit Salinen verbunden sind, dienen in erster Linie industriellen Zwecken. Ihre Lieferung für Heilzwecke ist von gleicher Bedeutung wie die der obengenannten mit Salinen verbundenen Solquellen.

Nahrungsmittel-Industrie

Kommt das Fettmonopol?

Die Agrarier hören nicht auf, immer neue Pläne zu schmieden, die eine Verteuerung der Margarine bringen sollen. Zunächst tauchte der Plan auf, die Margarine durch Einführung eines Schutzzolles auf Margarine-Rohstoffe zu verteuern.

„Entscheidend für die Landwirtschaft sind die ausländischen Margarine-Rohstoffe, die 40 Prozent des deutschen Gesamtverbrauchs ausmachen. Ein Anpacken dieser Rohstoffe aber würde die Exportindustrie nicht treffen, da die Rohstoffe aus Ländern (Cismeer, Mandtschurie, Westindien) kommen, die für den deutschen Industrieexport belanglos sind.“

- 1. Wenn man einen Teil der Margarine-Rohstoffe anpackt, aber den anderen — zum Beispiel den Iran — frei läßt, ist die Maßnahme wirkungslos.
2. Wenn man die gesamten Margarine-Rohstoffe anpackt, aber die Möglichkeit offen läßt, daß man als Ersatz um so mehr ausländisches Schmalz, ausländischer Speck usw. eingeführt werden, so ist das Ganze wirkungslos.

„Pack an!“, „pack an!“, „pack an!“ — das ist der Tenor. Es wird dann weiter ein schnelles Handeln gefordert, weil sonst alle Maßnahmen wirkungslos seien.

Die Agrarier fordern also das Fettmonopol nicht im Interesse der Allgemeinheit, nicht im Interesse der Verbraucher, sondern nur in ihrem eigenen Interesse. Sie wollen gleich ganze Arbeit machen. Sie fordern das Monopol nicht nur für Margarine und ihre Rohstoffe, sondern für alle Speisefette und für alle Futtermittel.

Die Einfuhr für Margarine-Rohstoffe soll durch das Monopol zwangsweise beschränkt werden. Durch diese Beschränkung will man eine künstliche Verteuerung der Rohstoffe für Margarine, Ölbacken usw. herbeiführen, und man glaubt, daß dann mehr Butter gekauft wird.

Artikel über die Margarinesteuer in Nr. 33/1932 des „Proletarier“ haben wir eingehend dargelegt, daß durch die Verteuerung der Margarine der Butterabfuhr nicht steigen kann und nicht steigen wird.

Man kann einem Monopol freundlich gegenüberstehen. Unter bestimmten Voraussetzungen kann ein Monopol den Verbrauchern sogar Vorteile bringen. Ist es Zweck und Ziel des Monopols, Privatgewinne auszuschalten und das Produkt zu verbilligen, dann kann man ihm zustimmen.

Die Pläne zur Durchführung des Fett- und Futtermittelsmonopols verfolgen also lediglich den einzigen Zweck, der Landwirtschaft höhere Preise zu sichern. Diesen Zweck werden sie nicht erreichen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Eberswalde. Die Zahlstelle veranstaltete am Sonnabend, dem 3. Dezember, in den Räumen des Bahnhofshotels Bullerjahr eine kleine, aber würdige Jubilärfest. Eingeleitet wurde die Feier durch einige Musikstücke. Kollege H a l e m b a sprach einen Prolog.

Literarisches.

1000 Zeitungs Fremdwörter verzeichnet. Verlag des Bildungsvereins der SPD, Hamburg 36, Br. Spatenstraße 44. Ein von vielen erwünschtes, sehr empfehlenswertes Büchlein zu dem in Anbetracht des wertvollen Inhalts erstaunlich billigen Preis von 10 Pf. für Organisationsmitglieder.

Advertisement for 'EINE Wünschelrute' (A Magic Wand) by F.A. Brockhaus Leipzig. The ad features a circular logo with a wand and text: 'EINE Wünschelrute zu den verborgenen Wissensschatzen des Lebens wünscht sich wohl jeder. Wie bald müßte sie sich reich bezahlt machen! Sie können sie haben! Verlangen Sie in einer Buchhandlung oder unmittelbar vom Verlag die reich ausgestattete Schrift, die kostenlos abgegeben wird. DIE Wünschelrute Praktische Winke für Leben und Wissen, Arbeit und Unterhaltung. F.A-BROCKHAUS LEIPZIG. Der Unterzeichnete bittet um kostenlose Zusendung der Schrift „Die Wünschelrute“.' There are also small decorative symbols around the ad.